



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Betreibungsregister.

**Inhalt:** Der Internationale Arbeitslosigkeit-Kongress in Paris. — Neurobe i. Schl. — Feuilleton: Brüssel und seine Weltausstellung (X.). — Aus der Reichsversicherungsordnungskommission. — Korrespondenzen (Wreslau, Leipzig, Stuttgart). — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

**Beilage:** Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen für das II. Quartal 1910.

## Der internationale Arbeitslosigkeit-Kongress in Paris.

I.

E. B. In Paris tagte vom 19. bis 21. September ein Kongress zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit, oder richtiger zur Milderung dieser Folgen. Es war keine Arbeitertagung, sondern eine Versammlung von Sozialpolitikern und Soziologen aller Parteienrichtungen. Schutz den Opfern der Arbeitslosigkeit! das war das Programm, das diese bunte Gesellschaft zu gemeinsamer ernster Beratung veranlaßte. Von den deutschen Gewerkschaften waren beteiligt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Holzarbeiterverband, der Verband der Steinarbeiter und die S.-D. Gewerksvereine. Außerdem waren u. a. österreichische, französische, belgische und skandinavische Gewerkschaften vertreten. Nahezu 20 Regierungen waren offiziell beteiligt und es wurde sehr bemerkt, daß gerade die deutsche unter diesen fehlte. Uns Deutschen war das keineswegs auffällig — wir wußten, daß die reaktionäre arbeitereindliche Junter- und Industrieerregung der Frage des Arbeitslosenschutzes bisher mit kalter Feindschaft gegenüber gestanden hat.

Während in der ganzen Welt durch die verharrende Wirtschaftskrise der Jahre 1908/09 die Arbeitslosenfrage in Fuß gebracht wurde, während eine Reihe Kommunen Arbeitslosentassen und andere Hilfsmittel einrichteten, während allein die deutschen freien Gewerkschaften in den verschiedenen mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Unterstützungszweigen mehr als 20 Millionen Mark pro Jahr ausbezahlten und das Reich von allen Seiten bestürmt wurde, nun aber endlich seine Pflicht zu erfüllen, da gähnte man oben gelangweilt und deutete abweisend auf die Gemeinden — das seien die kompetenten Hilfsorgane. Das war die Arbeitslosenfürsorge durch das Deutsche Reich.

In England trat noch im Krisenjahre 1909 jenes großzügige und darum von den Gewerkschaften lebhaft unterstützte Gesetzwerk über die Arbeitsbörsen in Kraft, das in aller kürzester Zeit die Arbeitslosenversicherung für verschiedene Industriezweige nach sich ziehen wird. In Deutschland erklärte man: die Zeit zur Hilfeleistung ist jetzt schon verfloßen (und wie wir jetzt überall sehen können, rührt niemand einen Finger für praktische Durchführung eines Arbeitslosenschutzes). Nur in Bayern hat in diesen Tagen die Regierung die größeren Gemeinden aufgefordert, jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges

für die Krise vorzubauen und auf Grund des Musterstatuts vom Jahre 1909 die Arbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen. Die Anfänge zur Arbeitslosenversicherung in Deutschland sind so gering und klein an Zahl, daß ein nachhaltiges energisches Drängen aller interessierten Kreise absolut notwendig ist, wenn bis zur nächsten Krise etwas nennenswertes geschaffen werden soll.

Neben den großen Arbeitslosenversicherungseinrichtungen der deutschen Gewerkschaften haben wir auch solche der Unternehmer, die allerdings in verschiedenen Formen sich äußern (Abgangschädigung, Wartegeld und Unterstützung); von einigen wird sogar von dem aufzunehmenden Arbeiter die ehrenwürdliche Versicherung gefordert, daß er nicht organisiert sei. Im Buchdruckgewerbe finden wir sogar eine von den Arbeitern und Unternehmern gemeinsam getragene Arbeitslosentasse. Öffentliche, allgemeine Arbeitslosenversicherungskassen haben wir in Deutschland, wenn man von der unhaltbaren „Städtischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ absteht, nicht. Die bestehenden Kassen sind Zufußklassen nach dem sogenannten Center System (öffentliche kommunale Beihilfe zu den bestehenden Arbeitslosentassen der Gewerkschaften). In sechs deutschen Städten sind diese Kassen bereits eingeführt und in anderen (Schöneberg, Charlottenburg) wird ihre Einführung erwogen. Von den Bundesstaaten und vom Reich ist noch nichts geschehen. So sieht die Arbeitslosenfürsorge in Deutschland gegenwärtig aus. Alle Länder um uns her beschämen das Deutsche Reich.

Daß in Deutschland die sofortige Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt, soll nicht geleugnet werden, daß aber von Reiches wegen und von Seiten der norddeutschen Bundesstaaten bisher gar nichts für die Arbeitslosenfürsorge getan wurde, das kennzeichnet deren Geist.

Es mußte der privaten Initiative vorbehalten bleiben, die Vorarbeiten für die notwendigen Unterlagen zur allgemeinen Arbeitslosenversicherung zu erledigen. Der internationale Arbeitslosigkeitkongress in Paris und die aus ihm hervorgegangene ständige Organisation zur Förderung und Ueberwachung der Arbeitslosenversicherung dienen dem Problem der Arbeitslosenfürsorge, dem aktuellsten sozialen Problem nach dem Vorbilde der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Schon im Jahre 1906 fand in Mailand eine Versammlung zum Studium dieses Problems statt und diese hat beschlossen, die drei nicht von einander zu lösenden Fragen: Statistik, Arbeitsvermittlung und Versicherungswesen zum Gegenstand besonderer internationaler Berichte zu machen. Diese Berichte, eine reiche wertvolle Materialsammlung mit vielen schätzenswerten Gedanken, lagen dem Pariser Kongress vor. Der allgemeine Inhalt dieser Berichte bestätigt wieder, daß die Arbeitslosigkeit eine wahrhaft internationale Krankheit ist, die in allen Industrieländern etwa dasselbe Gepräge trägt und deshalb auch durch im Grunde genommen gleich-

artige Mittel bekämpft und gemildert wird. Auch der internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen hat ja für die Arbeiter aller Länder gemeinsame Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen aufgestellt.

Die Statistik der Arbeitslosigkeit ermöglicht in ihrer heutigen Zersplitterung und Unvollkommenheit kein genaues Bild. Die bisherigen einmaligen Zählungen der Arbeitslosen sind nur von augenblicklichem Wert — sie ermöglichen einen Einblick in den Umfang der Arbeitslosigkeit und am folgenden Tage sind sie meist schon wieder durch den ewigen Fluß der Erscheinungen des Arbeitsmarktes veraltet. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß das Fehlen jeder Begriffsbestimmung für die Arbeitslosigkeit auch diesen Zählungen nur einen sehr bedingten Wert bemessen läßt. Und ein Kongreßteilnehmer bemerkte sehr treffend, daß diese Erhebungen nicht die Zahl der Arbeitslosen, sondern nur die Zahl derer ermitteln, die sich als arbeitslos bezeichnen. Aus den so gewonnenen Zahlen hat man auf den Umfang der ständigen Arbeitslosigkeit geschätzt. Wie unzuverlässig solche Schätzungen sind, geht daraus hervor, daß für Deutschland die ständige Arbeitslosenziffer mit 300 000 angegeben wird und daß Léon Bourgeois für das nur etwa 40 Millionen Einwohner zählende Frankreich dieselbe Zahl schätzt, wobei er noch betont, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich nicht besonders groß sei. Die Statistik der Gewerkschaften ist die einzige zuverlässige und gepflegte Quelle, aber sie umfaßt eben nur einen Teil der Arbeiterschaft.

Trotzdem der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenziffern doch ganz unklar und zerrissen ist, hoffte der Referent über diesen Punkt, Prof. Westergaard-Dänemark, daß dieser komplizierte Zweig der Sozialstatistik rascher auf eine wissenschaftliche Basis gestellt werden könne, wie dies bei der Sterblichkeitsstatistik der Fall war. Die Hauptsache sei natürlich eine genaue Bestimmung des Begriffes Arbeitslosigkeit: Es gilt durch geeignete Fragestellung bei den einmaligen Zählungen ausschließlich die Arbeitslosen festzustellen, die infolge Arbeitsmangels außer Beschäftigung sind. Kranke, Arbeitsunfähige, Streikende, Ausgesperrte und Arbeitsflüchtige sind auszuschließen bzw. getrennt zu führen. Als Kontrollmittel sind zu empfehlen: Befragung des Arbeitgeber des betr. Arbeiters, zugleich auch, ob sein Betrieb ruhte; nachträgliche Erkundigungen, möglichst durch Zahlung des Arbeitslosen auf das statistische Amt. Von Bedeutung ist die Erhebung der Ursache und der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Kennzeichen des Alters, des Geschlechtes und der Familienverhältnisse, ferner des Geburtsortes und event. auch der Muttersprache und des Bildungsgrades. Diese Momentaufnahmen bedürfen der Ergänzung durch fortlaufende Erhebungen, namentlich auch zur Ermittlung der periodischen Schwankungen der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer sind zu befragen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter je an einem bestimmten Tage des Monats, über die Zahl der Arbeitstage und Arbeitsstunden im Jahre und zu verschiedenen

Jahreszeiten. Unter den Arbeiterorganisationen sind die Gewerkschaften am besten geeignet, wertvolles Material zu liefern.

Diese Vorschläge fanden auf der Konferenz durch die Diskussion wertvolle Ergänzungen und Bereicherungen. Von mehreren Seiten wurde für die Statistik die Verwendung von Ergebnissen periodischer selbständiger Zählungen und fortlaufender Erhebungen als nötig bezeichnet. Die Begriffsbestimmung, sowie die Organisierung der Zählungen und Statistiken mußte möglichst nach internationalen gleichartigen Grundsätzen erfolgen. Die Zählungen sollten nach der Meinung der einen von Haus zu Haus erfolgen, während die anderen den Meldebeweg beim Arbeitsnachweis empfehlen. Dazu sagte Genosse Creulich-Schweiz, daß das wohl, wie die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik beweise, das sicherste Verfahren sei. Allein nur dann wäre es vollkommen, wenn die Arbeiter durch Gewährung von Unterstützung an der Melbung materiell interessiert würden. Ohne diese Unterstützung sei es nicht möglich, alle Arbeitslosen zur Kontroll- oder Melbestelle zu bringen.

Die Zählungen sollen über das ganze Land, und zwar entweder nach Berufen oder noch besser, nach Industrien veranfaßt werden und möglichst an gleichen Tagen stattfinden. Die Arbeitslosigkeit werde aber mit der bloßen Zählung der aus dem Produktionsprozeß vollständig ausgestoßenen Arbeiter noch nicht ganz erfaßt, es müsse auch die Dauer der täglichen Arbeitszeit mit notiert und Vergleiche zwischen den Arbeitslöhnen, Warenpreisen und Produktionsziffern angestellt werden.

Der Grundton der ganzen Diskussion war: Die Statistik muß auf einer für alle Länder gleichen Grundlage, nach einheitlichen Richtlinien organisiert werden. Sie muß durch eine gemeinsame Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit gesichert sein. Dann erst kann sie internationale Vergleiche und einen genauen Einblick in das Leben des Arbeitsmarktes ermöglichen. Nach dieser Richtung hat die ständige Kommission die Gedanken über die Arbeitslosenstatistik zu vereinigen.

## Neurode i. Schl.

In einem Kranz von Bergen liegt idyllisch eingebettet Neurode im Eulengebirge. Wer von den Bergen den friedlichen freundlichen Ort betrachtet und sich an dem Anblick erfreut, kann nicht ahnen, daß dort so viel Not und Sorge zusammenwohnt. Ueberall sieht man fleißige Menschen, Männer, Frauen und — Kinder; alles eilt zur Arbeit und wo Arbeit ist, da sollte keine Not zu finden sein. Aber bei zehnstündiger Ar-

beitszeit verdienen dort verheiratete Männer 12 Mk., ganz vereinzelt 15 Mk. als Höchstlohn. Anlegerinnen haben 6 Mk., ganz vereinzelt auch 8,50 Mk. als Höchstlohn und Bogensängerinnen und andere Arbeiterinnen verdienen 5 und 7 Mk. Zuschläge für Ueberstunden gibt es nicht und alle kirchlichen Feiertage werden nicht bezahlt. Strafgebet werden bei allen möglichen Gelegenheiten abgezogen, Mißstände verschiedenster Art sind vorhanden: Diese Tatsachen reden eine deutliche Sprache und wenn wir bedenken, daß viele früh um 5 Uhr in Wind und Wetter von Hause weg über Felder und Berge gehen müssen, damit sie um 6½ Uhr an der Maschine stehen können, um abends wieder 1½ Stunden zum Rückweg zu brauchen, dann wissen wir, wie dringend verbesserungsbedürftig die Verhältnisse sind. Immer wieder hörten wir die Klage: ach, könnten wir nur endlich die neunstündige Arbeitszeit erhalten, es ist zu viel, was von uns verlangt wird, wir können das nicht mehr ertragen.

Darum fand am 27. September aus Anlaß der soeben geschilderten überaus traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse bei der Firma Berlin-Neurode Kunstankast L.-G. in Kohlen-dorf bei Neurode eine allgemeine Geschäfts-Versammlung statt, die von zirka 200 Personen, einschließlich der Lithographen und Steinbrücker, besucht war. Leiter der Versammlung war der Lithograph Herr P. Lüders. Zu dem Thema: „Wie kann das Hilfspersonal einen Tarif zur Durchführung bringen?“ hatte Frau Paula Ehiede, Berlin, die Vorsitzende des Verbandes der Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen das Referat übernommen. Schon das zahlreiche Erscheinen der Kolleginnen ließ erkennen, daß sie sich ihrer traurigen Lage bewußt sind, daß ihnen ihr Joch zu schwer geworden und sie nur darauf warten, daß ihnen der Weg gewiesen wird, auf welchem es möglich ist, bessere Verhältnisse zu schaffen. Daß sie gewillt sind, diesen Weg zu beschreiten, das bewies die Aufmerksamkeit, mit welcher sie dem Vortrag der Referentin folgten, die ihnen in vortrefflicher Weise den Weg zum Besseren zeigte. Kollegin Ehiede wies unter anderem darauf hin, daß, wenn bessere Verhältnisse geschaffen werden sollen, dies nur durch die Organisation möglich ist, d. h. wenn alle bei der Firma beschäftigten Kollegen und Kolleginnen organisiert sind, um gestützt auf die Stärke der Organisation, der Geschäftsleitung möglichst bald einen Tarif unterbreiten zu können. Die Referentin machte besonders darauf aufmerksam, daß die augenblickliche Bewegung unter den Arbeitern der Kunstankast, der Direktion nicht unbekannt geblieben ist, daß man genau weiß, um was es sich handelt und darum wird man versuchen, hier und da

durch kleine Lohnzulagen die Bewegung einzudämmen. Solche Zulagen werden gewöhnlich, sobald wieder Ruhe eingetreten ist, auf andere, möglichst unauffällige Weise wieder in Abzug gebracht. Es solle sich daher niemand beeinflussen lassen, sondern unbeirrt das Begonnene weiter ausbauen helfen im Interesse der gesamten Kollegenschaft. Die Rednerin entrollte hierauf ein Bild von dem Unterstützungswesen und der Beitragszahlung im Verbaude. Auf Grund der nach Lohnklassen abgestuften Beiträge ist es auch der schlecht bezahltesten Kollegin möglich, in den Verbaud einzutreten, in welchem sie Schutz gegen die Ausbeutung des Unternehmertums findet, und bei Krankheit und Arbeitslosigkeit wenigstens vor der größten Not geschützt ist. Auch die Lohnkämpfe, die unser Verband schon durchgeföhrt hat, wurden von der Referentin nicht unerwähnt gelassen zum Beweise, daß die Unternehmer an unserem Verbaude einen Achtung gebietenden Gegner haben. Es wurde des weiteren darauf hingewiesen, daß das, was wo anders möglich war zu erkämpfen, auch in Neurode möglich gemacht werden kann, besonders da hier Mangel an geübten Anlegerinnen besteht. Aber trotzdem ist es nur möglich etwas zu erreichen, wenn alle Kolleginnen und Kollegen einig sind, wenn sie entschlossen und von dem Gedanken befeuert sind, Front zu machen gegen Verhältnisse, die nahezu unerträglich geworden sind. Mit dem Hinweis, daß niemand von anderer Seite Hilfe zu erwarten hat, daß jeder Arbeiter nur durch eigene Kraft sich empor schwingen muß zu dem, was er als Mensch zu verlangen hat und mit der Aufforderung, einzutreten in die Organisation, schloß Rednerin ihren mit großem Beifall belohnten Vortrag.

In der hierauf folgenden freien Aussprache, an der sich die Kolleginnen rege beteiligten, wurde unter anderem mitgeteilt, daß Frauen mit 10 bis 40 jähriger Tätigkeit im Geschäft mit einem Wochenlohn von sieben Mark abgesperrt werden, der Höchstlohn auch an Maschinen mit 120 bis 132 Format beträgt 8,50 Mk. und verheiratete Männer, die jahrelang beschäftigt sind, erhalten 12,50 bis 13 Mk. Wochenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Bei den Jüngeren geht der Lohn bis auf 5,20 Mk. herunter. Man sah unter den anwesenden älteren Frauen auch ganz junge, kaum aus der Schule entlassene Mädchen mit kurzem Röckchen, die durch die göttliche Weltordnung auch schon dazu verurteilt sind, ihr junges Leben, ihre Gesundheit, dem Abbezwinger „Kapitalismus“ gegen noch geringeren Lohn zur Verfügung zu stellen. Von den gleichen Geschlechtern konnten wir deutlich lesen, daß unsere Aufklärungsarbeit nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen ist. Die Anwesenden hörten die frohe

## Brüssel und seine Weltausstellung.

Flaubereien von W. Th.

### X.

#### Erziehung und Unterricht.

Nur Belgien, Holland und Deutschland haben sich diesmal in größerem Umfange auf das Gebiet des Unterrichts und der Erziehung geworfen. Natürlich zeigen die Ausstellungsobjekte aller drei Länder viel mehr, wie es sein möchte als wie es ist. Preußen will auch in seinem Schulwesen glänzen; aber es hat sich schwer gehütet, einen der ostpreussischen Schulpaläste nach Brüssel zu setzen, eins der Dorfschulhäuser, deren Deden einbrechen und deren Wände gute Ventilatoren abgeben. Wenn der Ausländer die vorzüglichen Schulstuben in der deutschen Abteilung sieht und meint, sie repräsentieren den Durchschnitt, so beschwindelt er sich stark. Wir Deutschen wissen das am besten. Was die pädagogische und die ärztliche Wissenschaft längst schon als notwendig und allein richtig anerkannt hat, ist noch lange nicht allgemein durchgeführt. Und mögen auch die Städte in Bezug auf äußere Einrichtung der Schulen und auf ihre Ausstattung mit Lehr- und Anschauungsmitteln den neuzeitlichen Anforderungen gerecht werden, so laßt doch auf der deutschen Volksschule noch der Alp der Pfaffen-herrschaft, des burrapatriotischen Drills und des Gewissenszwanges, der die Geister der Kinder mehr verkrüppelt, als früher die Körper durch

unzweckmäßige Schulbänke geschädigt werden konnten. Man ist darum immer versucht, wenn man Ausländer in Lobeserhebungen über die deutschen Schulen sich ergehen hört, ihnen zuzurufen: „Das ist ja Schwindel! So ist's nur in einem kleinen Prozentfaß der Schulen, und außerdem ist nicht mit ausgestellt der finstere Geist, die knechtische Gesinnung, die in den deutschen Schulen noch verbreitet wird und zu deren Vertreter sich der deutsche Volksschullehrer erniedrigen muß, will er nicht aus seinem Amte gejagt werden.“

O, sie ist gar prächtig herausgeputzt worden, die deutsche Abteilung für Erziehung und Unterricht. Wir finden da ganze Bibliotheken für Studenten und für Schüler höherer Lehranstalten. Dem Unterricht in Geographie, allen Naturwissenschaften, der Physik, der Chemie und dem Zeichen sind besondere Säle gewidmet. Turnen, Spiel und Sport werden veranschaulicht, und auch Volksschulen werden vorgeführt. Wie für anormale Kinder in Hilfsschulen gesorgt ist, wird gezeigt. Knaben- und Mädchenhandarbeiten sind in großer Zahl ausgesetzt. Ueber die Schulhygiene ist eine ganze Bibliothek vorhanden. Eine reichhaltige Sammlung schulärztlicher Formulare und Berichte liegt da, ebenso ein schulärztliches Instrumentarium. Apparate und Einrichtungen zur Gesundheitspflege in der Schule sind zur Schau gestellt, desgleichen reichhaltiges Anschauungsmaterial für den Unterricht in der Gesundheitspflege. An den Wänden hängen

große und kleine Tabellen über alle möglichen Schulfragen. Auf langen Tafeln liegen Schülerarbeiten der verschiedensten Art zur Einsichtnahme aus. Lehrmittel für alle Unterrichtszweige sind in fast erdrückender Vielgestaltigkeit zu sehen. Noch niemals ist in dieser Vollständigkeit gezeigt worden, daß alle Hilfsmittel vorhanden sind, um den Volksschulunterricht selbst schwachbegabten Kindern gegenüber erfolgreich zu gestalten und den Kindern das Lernen zu einem Vergnügen zu machen.

Aber wie kontrastiert mit dieser Möglichkeit die Wirklichkeit! Hat auf dem Gebiete der Heeresbewaffnung die Verrichtungstechnik einen neuen Fortschritt zu verzeichnen, so werden unbesehens Tausende von Millionen ausgegeben; der Kostenpunkt spielt dann überhaupt keine Rolle. Handelt es sich dagegen darum, die armen Schulgemeinden zu unterstützen, ihnen gesunde Schulräume, genügend viele Lehrkräfte und die besten Lehrmittel zur Verfügung zu stellen, dann wird jeder Pfennig herumgedreht; dann drückt sich der Staat von der Verpflichtung helfend einzugreifen; dann wird die Gemeinde vor's Loch geschoben. Errichtete der Staat große Lehrmittel-fabriken und würde er die Fabrikate zum Selbstkostenpreise abgeben, wären also nicht auch die Hilfsmittel beim Schulunterricht der privatkapitalistischen Profitmacherei ausgeliefert, so könnten für wenige Millionen sämtliche Schulen mit den besten Lehr- und Anschauungsmitteln versorgt werden. Aber lieber schüttet das Reich



Botschaft und ihnen fehlte nicht der Glaube, denn wir waren in der angenehmen Lage, an demselben Abend 100 Mitglieder aufzunehmen, denen noch 36 am anderen Tage folgten. Ein für Neurode gewiß nennenswerter Erfolg. Eine Kommission von vier Kolleginnen und drei Kollegen wurde beauftragt, einen Lohn Tarif aufzustellen und denselben zugleich mit dem der Lithographen und Steindruckers der Geschäftsleitung zu unterbreiten.

Nachdem Frau Thiede nochmals die Anwesenden zu gemeinsamem Zusammenarbeiten aufgefordert hatte, richtete der Schiffsenvorsitzende P. Lüders und der ebenfalls antwortende Gauleiter, Kollege Abend-Breslau, noch einige ermahnen Worte an die Versammlung und letzterer gab der Hoffnung Ausdruck, bei seinem nächsten Besuch ebenfalls eine solche Begeisterung für unsere gerechte Sache unter der Neuroder Kollegenschaft vorzufinden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

In der Versammlung hatte es auch an ungeladenen Gästen nicht gefehlt. Denn daß eine Geschäftsversammlung mit einer auswärtigen Referentin stattfinden sollte, wurde schnell bekannt und nun fanden sich zwei Berichterstatter der dortigen Zentrumspreffe ein, die von den traurigen Verhältnissen gewiß noch nie etwas erfahren haben, aber wir wollten unter uns sein, ohne Scheu sollten die Kollegen und Kolleginnen reden und über unsere Laktion sollte vorzeitig natürlich nichts heraus. Trotzdem nur eine Geschäftsversammlung einberufen war, bedurfte es bei einem Berichterstatter erst mehrmaliger Aufforderung des Leiters der Versammlung, den Saal zu verlassen, bis er endlich begriff, daß auch er, wie sein Kollege, der schon gegangen war, hier nichts zu suchen hat. Er trat unter lautem Schimpfen den Heimweg an. Dieser recht komisch wirkende Zwischenfall wurde von den Versammelten mit Heiterkeit aufgenommen.

Aber auch am Mittwoch Abend, als die beiderseitigen Kommissionen zur engeren Beratung zusammensaßen, wurde uns ohne sonderbar anmutende Ueberraschung zuteil. Wir hatten unsere Beratung zur Hälfte erledigt, als festen Schrittes ein Hüter der heiligen Ordnung hereintrat, auf unseren Zuruf, daß hier eine geschlossene Gesellschaft sei, ging er, um nach ganz kurzer Zeit aus dem ganz leeren Schankraum zur anderen Tür hereinzutreten. Er setzte sich im dichtgefüllten Raum auf ein leeres Plätzchen und erklärte auf unseren Protest, daß das Zimmer nicht vermietet sei, kann er sich hinsetzen, wohin er will. Unter energischem Protest und unter Hinweis darauf, daß wir das Zimmer Tags vorher bestellt und damit auch gemietet haben, forderte Herr Lüders den Genßdarmen auf, den Raum zu

hundert von Millionen in den Sand Südwestafrikas, lieber zahlt es jährlich mehr als hundert Millionen Mark an pensionierte Offiziere, die bei voller körperlicher Rüstigkeit fast gestell worden sind, lieber werden zehn neue Kriegsschiffe gebaut, deren jedes einzelne 40 bis 50 Millionen kostet und die in wenigen Jahren nur noch den Wert von altem Eisen haben, als daß er die Volksschulbildung auf die Höhe hebt, die nach dem Stande der pädagogischen Technik im Handumdrehen zu erreichen wäre, wenn der Staat nur die nötigen Mittel aufwenden wollte. Man schämt sich ja heutzutage seitens der herrschenden Klassen, offen heraus zu erklären, daß der dümmste Arbeiter ihnen der Liebste ist; im Gegenteil wird das Lob der Schulbildung in allen Tonarten besungen. Aber in Wirklichkeit sorgt der Staat als Hausvater der herrschenden Klassen dafür, daß die allgemeine Volksschulbildung möglichst gering bleibt. Ich habe auch keine Lehrpläne ausgestellt gesehen, aus denen ersichtlich war, ein wie lächerlich großer Prozentsatz der Schulstunden von Religion und dem, was drum und dran hängt, weggenommen wird.

Keinen Teil der deutschen Ausstellung habe ich so mißgestimmt verlassen wie den für Erziehung und Unterricht. Eben weil hier der Staat durchgreifend bessern könnte, wenn er nur wollte, fällt der Kellameischwindel, der in Brüssel mit dem deutschen Volksschulwesen getrieben wird, auf die Nerven. Gezählt, gewogen und zu leicht befunden.

verlassen, da er annimmt, daß er als Polizeibeamter das Vereinsgesetz kennen muß. Nach einigen Hin und Her ging dann der ungeliebte Gast mit den Worten, daß es ihm ohnedies kein Vergnügen macht, mit anzuhören, was wir da reden; als wir fortgingen, saß er immer noch im vollständig leeren Schankraum allein und hat gewiß entschwindenden Zeiten nachgedauert, wo jede Zusammenkunft als unangemeldete Versammlung aufgelöst werden konnte.

Unsere Kollegenschaft in Neurode mag aber daratiz ersehen, daß die Geschäftsleitung „Unheil“ wittert und nun schon jetzt nach polizeilichem Schutz ruff, denn der Geldsack könnte in Gefahr kommen.

Darum bleibt einig und geschlossen! Denn in ungeteilter Einigkeit seid Ihr eine Macht und nur durch diese Macht können eure elenden Zustände allein beseitigt werden.

## Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Berlin, den 29. September 1910.

In der letzten Woche hat die Kommission die Gewerbeunfallversicherung zu Ende beraten. Leider ist das Ergebnis für die Arbeiter durchaus nicht günstig. Die Hoffnung, daß bei der diesmaligen Reform der Unfallversicherung die Entschädigung an die verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebenen wenigstens einigermaßen den Bedürfnissen unserer Zeit angepaßt werden würden, ist getäuscht worden. Die Sozialdemokraten freilich haben alles versucht, um eine Erhöhung der Entschädigungen zu erreichen. Aber leider fast durchwegs ohne Erfolg. Sie hatten beantragt, daß der Verletzte tatsächlich den vollen Ersatz seines Verlustes erlangen sollte. Sie sind ferner entschieden dafür eingetreten, daß die Hinterbliebenenrente, die gegenwärtig nur 20 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes des verstorbenen Eheannes beträgt, erhöht würde. Sie hatten sich endlich bemüht, es wenigstens zu erreichen, daß die Eltern der Verunglückten, die von den Verstorbenen ernährt worden waren, wenigstens so viel zu bekommen, wie die Kinder unter 14 Jahren. Denn nach dem geltenden Recht erhalten beide Eltern zusammen nur so viel, ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Die Sozialdemokraten beantragten, daß, wenn beide Eltern leben, jedem von ihnen ein Fünftel des Arbeitsverdienstes als Hinterbliebenenrente zustehen solle. Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Die Entschädigungen sind in keinem einzigen Punkte verbessert worden.

Nur eine Verbesserung haben die Sozialdemokraten bei diesem Kapitel erzielt. Einen Anspruch auf Waisenrente haben nach dem geltenden Gesetz die ehelichen Kinder des Verunglückten und, wenn eine weibliche Person verunglückte, auch die unehelichen Kinder derselben. Dagegen hatten bisher keinen Anspruch die unehelichen Kinder verunglückter männlicher Arbeiter. Diese Lücke ist jetzt ausgefüllt, sodaß auch diesen Kindern eine Rente zusteht, wenn derjenige, der zu ihrer Unterhaltung gesetzlich verpflichtet war, durch einen Unfall dahingerafft wird.

Den Berufsgenossenschaften ist ferner genau so wie den Krankenkassen das Recht gegeben worden, mit Zustimmung der Verletzten auch Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenbeschwestern und andere Pfleger insbesondere auch dann zu gewähren, wenn die Aufnahme der Verletzten in einem Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt, den Verletzten in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen.

Die verhältnismäßig wichtigste Verbesserung ist die, daß im Falle der Herabsetzung der Rente die geringere Rente nicht mehr, wie es nach dem geltenden Recht der Fall ist, vom Beginn des nächsten Monats ab, sondern erst einen Monat später ausgezahlt wird. Bisher war es so, daß der Arbeiter, der in den letzten Tagen des Monats die Mitteilung bekam, seine Rente sei herabgesetzt, schon am Ersten des nächsten Monats die

verkürzte Rente bekam, ohne Rücksicht darauf, daß er sich auf den Bezug seiner Rente für Monate usw. bereits eingerichtet hatte. Dadurch sind oft genug die Arbeiter in arge Verlegenheit gekommen. Nach der von den Sozialdemokraten angeregten Verbesserung hat der Arbeiter nach Ablauf des Monats, in dem er die Mitteilung von der Herabsetzung seiner Rente erhalten hatte, unter allen Umständen noch einen vollen Monat, um sich auf seine neuen Verhältnisse einzurichten.

Eine arge Verschlechterung ist aber trotz des Widerspruchs der Sozialdemokraten in das neue Gesetz hineingebracht worden, und zwar für ausländische Arbeiter, die in Deutschland verunglückt sind. Ist der ausländische Arbeiter nur in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, so erhält er eine Rente. Aber sein Anspruch ruht, d. h. er bekommt die Rente nicht ausgezahlt, solange er nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ist der Ausländer durch den Betriebsunfall getötet worden, so erhalten seine Hinterbliebenen keine Entschädigung, wenn sie zur Zeit des Unfalls nicht im Inlande ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten. Durch Beschluß des Bundesrats können diese Bestimmungen für bestimmte Grenzgebiete, sowie für die Angehörigen solcher ausländischen Staaten außer Kraft gesetzt werden, durch deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfälle getöteter Deutscher gewährleistet ist. Der Zweck dieser Bestimmung ist angeblich der, der Reichsversicherung die Mittel an die Hand zu geben, die anderen Staaten zu einer gleichen Fürsorge für die deutschen Arbeiter im Ausland zu zwingen, die den ausländischen Arbeitern in Deutschland zuteil wird. Dies ändert aber nichts daran, daß die Entziehung der Rente gegenüber ausländischen Arbeitern und deren Hinterbliebenen eine unerhörte Ungerechtigkeit ist.

Auch in der Unfallverhütung ist leider nur ganz wenig verändert worden. Die Sozialdemokraten hatten zunächst beantragt, daß in der Leitung der Berufsgenossenschaften die Arbeiter mit denselben Rechten wie die Unternehmer mitarbeiten sollten. Das lehnten alle bürgerlichen Parteien ab. Darauf versuchten die Sozialdemokraten wenigstens zu erreichen, daß die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiter in der Unfallverhütung erfolge. Aber auch hier von wollten die bürgerlichen Parteien nichts wissen. Es bleibt demnach bei den bisherigen Umständen und für die Arbeiter schädlichen Verfahren. Im Vorstand müssen bei der Beratung der Unfallverhütungsvorschriften die Arbeiter in derselben Zahl und mit denselben Rechten wie die Unternehmer mitwirken, die Entscheidung aber fällt nicht in dem Vorstand, sondern in der Genossenschaftsversammlung, in der die Arbeiter nicht anwesend sind und deshalb auch ihren Standpunkt nicht vertreten können. Nur den einen Fortschritt konnten die Sozialdemokraten erreichen, daß im Vorstand in Zukunft ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitervertreter und Unternehmervertreter in den Fragen der Unfallverhütung stattfindet. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde nämlich beschlossen, daß alljährlich der Vorstand zusammen mit den Arbeitervertretern Stellung zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten nimmt und diejenigen Maßnahmen anregt, die zur Verbesserung der Unfallverhütung geeignet erscheinen. Hier haben in Zukunft die Arbeitervertreter die Gelegenheit, immer wieder die Mißstände in der Unfallverhütung zur Sprache zu bringen und auf Durchführung der nötigen Verbesserungen zu dringen. Bezüglich der Ueberwachung der Betriebe hatten die Sozialdemokraten verlangt, die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten sollte soweit erhöht werden, daß jeder Betrieb wenigstens einmal im Jahre besichtigt werden kann. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit. Ebenso ging es einem Antrag der Sozialdemokraten, der forderte, daß von den technischen Aufsichtsbeamten mindestens ein Viertel Personen sein müssen, die in den versicherten Betrieben als Arbeiter beschäftigt gewesen sind. Die Kommission begnügte sich mit dem Zusatz, daß die Berufsgenossenschaften berechtigt seien, derartige Personen als Aufsichtsbeamten beizustellen.

## Korrespondenzen.

**Achtung! Schriftführer.** Wir bitten die Einsender von Versammlungsberichten, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir den Inhalt von Referaten über den Verbandstag, die von den Delegierten in den Mitgliederversammlungen erstattet werden, nicht zum Abdruck bringen, um fälschliche, fast gleichlautende Wiederholungen zu vermeiden. Dagegen bitten wir um eingehende Berichterstattung über geflogene Diskussionen und eventuell gefasste Beschlüsse. Die Redaktion.

**Breslau.** Monatsversammlung am 19. September. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung durch Kollegen Reichhold und nach Verlesung des Protokolls wurde eine Kollegin neu aufgenommen. Nach dem ausführlichen Bericht des Kollegen Abend über die Verhandlungen des Verbandstages in Bremen wurde unter Verbands- und Ortsangelegenheiten wieder lebhaft geklagt über zu lange Arbeitszeit in verschiedenen Geschäften. So wird z. B. bei der Firma Schenckelowsky. Inhaber Gebr. Kron, bis siebzehn Stunden täglich gearbeitet. Neu eintretende Kolleginnen werden da gleich beim Engagement gefragt, ob sie auch gern Ueberstunden machen und zwar an solchen großen Maschinen, wo früher männliche Kollegen abends genug hatten, müssen jetzt die Kolleginnen für 11 Mk. Wochenlohn fronden, um den Unternehmern die Taschen zu füllen. Auch bei der Firma Schatzki, G. m. b. H., sollen die Kolleginnen oft 13 Stunden hintereinander arbeiten, desgleichen werden in der Schief. Drucker-Gesellschaft die Arbeitskräfte ebenfalls bis aufs Äußerste ausgenutzt. Dort hatte sich ein Kollege infolge Ueberanstrengung eine Herzkrankheit zugezogen, die seine Aufnahme in eine Heilanstalt zur Folge haben wird. Der Schriftführer, Herr Koczoronski, ehemaliger Schriftführer, wollte solange nicht warten und kündigte folgedessen dem Kollegen, der 10 Jahre im Geschäft tätig war. Herr K. hat diese Art Entlassung selbst auf dem Abgangszeugnis des Kollegen bestätigt. Kollege Abend machte darauf aufmerksam, daß die Kolleginnen und Kollegen an solchen Uebelständen zum Teil selbst Schuld sind. Trotzdem sei er schon wiederholt wegen Umgehung der Arbeiter-Schutzgesetze vorbestraft geworden, und es haben dann die Beschwerdeführer mit ihren Beweisen versagt. Er versprach von jetzt ab, ohne Rücksicht darauf, ob die Kolleginnen gern Ueberstunden machen oder nicht, gegen solche Auswüchse energisch vorzugehen, selbst auf die Gefahr hin, noch mehr „zurechtweisende“ Briefe von Seiten des Prinzipals-Vorsitzenden zu erhalten. Nach einigen die Deffentlichkeit nicht interessierende Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Die am 24. September im Pantheon stattgefundene Mitglieder-Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kollegin Scheibe in der üblichen Weise. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Hellwig den Bericht der Vertreter der Ortskrankenkasse. Er führte den Versammelten die Gründe zu der in der nächsten Zeit erfolgenden minimalen Beitragserhöhung vor Augen. Mit der Beitragserhöhung geht ja auch eine Erhöhung der Unterhaltungskasse Hand in Hand. Die Kollegin Lewandowski wies noch auf die erweiterte Schwangerenunterstützung hin, womit auch den weiblichen Kassenmitgliedern eine bescheidene Konzession gemacht ist. Dieselbe fand es aber unverständlich und ungerade, daß mehrere Gewerkschaften Leipzigs, die prozentual eine hohe Ziffer weiblicher Kassenmitglieder zu vertreten haben, den weiblichen Mitgliedern keine Gelegenheit bieten, ihre diesbezüglichen Rechte innerhalb der Generalversammlung zu wahren. Selbst kleinere Ortskrankenkassen hätten bereits weibliche Krankenbesucher, ein dahingehender Antrag war bisher in Leipzig unausführbar. Es ist daher sinnlos, für die Frauen neue Rechte anzufordern, solange man diesen die ihnen zustehenden Vertretungen vorenthält. Bisher sind es drei Bezirke, die sich zu weiblichen Ortskassenvertreter aufschwangen konnten. Hierauf begann Kollege Volken mit der Berichterstattung von der Generalversammlung in Bremen. In erster Linie wies er auf die Notwendigkeit der Beitragserhöhung hin, die erfolgen mußte, um für die kommende Tarifrevision gerüstet zu sein. Es sprach dann Kollege Seidel über die Maßregelungsunterstützung. Kollegin König berichtete über die Wöchnerinnenunterstützung. Den Reigen der Berichterstatter schloß Kollege Schütze. Er stellte Vergleiche zwischen der letzten und den früheren Generalversammlungen an. Ein erster

Zug beherrschte die ganze Tagung von Anfang bis zu Ende, obwohl die Tarifrevision noch in ziemlich ferne Ferne schwebte, war sich ein jeder der Tragweite dieser Beschlüsse bewußt. Er weißt ferner darauf hin, daß für die Leipziger Mitglieder die Beitragserhöhung wenig zu bedeuten habe, da mit Ausnahme der dritten Klasse die Beiträge schon seit Jahren erhoben wurden. Nachdem er noch auf einige Beschlüsse hingewiesen hatte, erbat er um Annahme einer eingehenden Resolution. Nach eingehender Diskussion gelangte die nachstehende Resolution zur Annahme: „Die Leipziger Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf der Generalversammlung einverstanden, und versprechen sich den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen und für die Durchführung der Aenderungen in allen Kreisen Sorge zu tragen. Die örtliche Beitragserhöhung und weiterer Zuschüsse bleibt einer außerordentlichen Generalversammlung Anfang Dezember vorbehalten, zu welchem Zwecke die Ortsverwaltung eine dahingehende Vorlage auszuarbeiten hat.“ Unter Mitteilungen wurde auf den am 22. Oktober im Pantheon stattfindenden Buntten Lustigen Abend verwiesen. Rezitator ist Genosse Hennig. Karten pro 10 Pf. gelangen hierzu vom 3. Oktober an zur Ausgabe. Im ferneren wurde einem Auszug am Sonntag, den 30. Oktober, zugestimmt. Die Wahl des Ortes bleibt der Verwaltung überlassen. Der in der Mitgliederversammlung vom 22. August gefasste Beschluß betreffend Einziehung einer weiblichen Ertragsperson in die Verwaltung wurde einstimmig revidiert.

**Stuttgart.** Eine am 21. September im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung erwartete gespannt den Bericht der Delegierten vom Verbandstag. Kollege Dietrich referierte zunächst über die gefassten Beschlüsse zum Statut, die ja nunmehr jedem Mitglied bekannt sein dürften. Kollege Werner würdigte die prinzipielle Bedeutung derselben für die organisierte Kollegen-schaft ganz Deutschlands. Zunächst erinnert er an die Tarifbewegung 1906. Zum Teil ganz bedeutende Vorteile wurden durch den Tarif erreicht, hatten wir doch laut Statistik Zulagen von 2 bis 7 Mark pro Woche zu verzeichnen, sowie die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, Ueberstundenbezahlung usw. Das ist jedoch noch nicht alles. Unsere Statistik lehrt uns auch, daß seit Bestehen der Tarifgemeinschaft die Löhne eine aufwärtssteigende Tendenz zeigen; denn während früher für geübte Anlegerinnen 10 bis 12 Mark genügt bewilligt wurden, sind heute Löhne von 16 und 17 Mk. keine Seltenheit mehr. Wir dürfen nun aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Denn durch den fortgesetzten Steuerabzug der herrschenden Klassen auf die Taschen der besitzlosen Proletarier sind diese Verbesserungen nicht nur ausgleichslos, es stellt sich sogar noch eine Verschlechterung der Lebenshaltung gegen früher ein. Aus diesem Grunde muß es unsere Aufgabe sein, alles daran zu setzen, der Gefahr der Unterernährung und damit der Degenerierung der unteren Volksklassen zu begegnen. Dies vermögen wir am besten durch energische Vorarbeit für die nächstjährige Tariferneuerung. Wenn es uns auch kaum möglich sein wird, angesichts der noch immer steigenden Lebensmittelpreise unsere Lebenslage gegen früher genügend zu verbessern, so muß doch mindestens ein Ausgleich geschaffen werden. Nun dürfen wir uns aber nicht der Illusion hingeben, daß dies so leichte Arbeit sei. Mit gesundem Menschenverstand betrachtet, sollte es ja jedem, auch den Segnern als selbstverständlich erscheinen, daß hier nach aufwärts geändert werden muß. Aber wir wissen ja, daß noch jede Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiterklasse dem Unternehmertum in heiligem Kampfe abgerungen werden mußte; wo es anscheinend ohne Kampf abging, war dies nur der Furcht vor solchem zuguschreiben. Daß auch der Deutsche Buchdrucker-Verein nicht besser ist als die übrigen Unternehmerverbände lehrt jedermann, der es nicht glauben wollte, der Beschluß, sich dem Industrien-Verbande und seiner Streitversicherung anzuschließen. Und was der Schnitzverband ist, haben wir ja schon wiederholt sehen können: eine Gesellschaft von Scharfmachern zum Zweck möglichst intensiver Ausbeutung der Arbeiterkraft. Diese Gedanken waren es, die den Verbandstag von Anfang bis Ende beherrschten, die seine Beschlüsse beeinflussten. Die beste Vorarbeit für die Tariferneuerung ist aber neben intensiver Agitation die finanzielle Besserstellung unserer Verbandsklasse. Denn wir können wohl die Massen der Kollegen-schaft im Kampfe nicht entbehren; aber ebensoviele dürfen wir unsere Kriegskasse vernachlässigen; denn diese ist es, die den Unternehmern Respekt einpflanzen muß. Nun stand ja

der Verbandstag vor der Wahl, entweder die Unterfütungen herabzusetzen oder die Beiträge zu erhöhen. Er hat sich für den letzteren Weg entschieden und mit Recht, wie die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung lehrt. Sorgen wir nun durch intensiver Aufklärung, daß die geleistete Arbeit dem Verbands- und damit der Kollegen-schaft zum Segen gereicht. Frisch auf zur Agitation! Der letzte Kollege und die letzte Kollegin herein in unsere Reihen! Kollegen und Kolleginnen, legt vor allem eure Versammlungsfähigkeit ab, einmal im Monat sollte jedermann einige Stunden erübrigen können zur Vertretung seiner eigenen Interessen. Wenn dies der Fall sein wird, dann können wir getrost in die Zukunft blicken. Darum nochmals: Vorwärts zur Arbeit, frisch auf zu Kampf und Sieg! Reicher anhaltender Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen verschiedene Redner ihre Freude und Genugtuung darüber aus, daß der Verbandstag ganze Arbeit geleistet und der Furcht vor den Mitgliedern nicht unterlegen ist. Diese Beschlüsse werden dazu beitragen, den Respekt der Prinzipale vor dem Verband ganz gewaltig zu erhöhen. Das ist um so notwendiger, als jetzt schon von einzelnen versucht wird, die Arbeitszeit wieder zu erhöhen für das männliche Hilfspersonal und andererseits von einem Prinzipale angefeindet wurde, daß wir nächstes Jahr keine Lohnerhöhung zu erwarten hätten. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Zahlstelle Stuttgart nimmt nach Anhörung ihrer Delegierten mit Freuden Kenntnis von den Beschlüssen des Bremer Verbandstages. Die Versammelten wissen, daß unser nächster Tarifabschluß von den Unternehmern in jeder Weise erschwert werden wird, darum erkennen sie auch die Gründe, welche den Verbandstag zur Beitragserhöhung führten, ausbrüchlich an und werden mit allen Kräften dafür sorgen, daß diese Beschlüsse von sämtlichen Kollegen und Kolleginnen gewirkt und zur Durchführung gebracht werden. Die Versammlung erwartet aber angesichts der ersten Zeit, welcher wir entgegensehen, nunmehr auch von allen noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen, daß sie sich jetzt ungefähr dem Verband anschließen. Denn nur mit vereinten Kräften wird es uns gelingen, den zuünftigen Tarif zu unseren Gunsten abzuschließen.“

## Adressenveränderungen.

Königsberg i. Pr.

Vorsitzender: Adolf Radmohr, Krönchenstraße 13, Sout.

## Anzeigen

### Nachruf.

Am 30. September starb nach längerem Leiden unsere Kollegin die Einlegerin

**Dorothea Gillig**

an der Proletarierkrankheit.

Wir verlieren in der Verstorbene eines unserer ältesten Mitglieder und werden ihrer stets ehrend gedenken.

Zahlstelle Nürnberg-Kürth.

## Bahnhalle Leipzig.

Sonnabend, den 22. Oktober 1910  
abends Punkt 8 Uhr:

## Rezitations-Abend

im Saale des „Pantheon“, Dresdnerstr. 20.

Zur Ausführung gelangt:

„Bunter, lustiger Abend“  
von Gustav Hennig.

Karten à 10 Pfg. sind bei den Vertrauensleuten und im Verbandsbureau bis zum 20. d. M. zu entnehmen.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.



# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 41.

Berlin, den 8. Oktober 1910.

18. Jahrgang.

## Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen für das 2. Quartal 1910.

Mit der Hauptkassa verrechnet in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1910.

Zahlstellen	Mitgliederzahl am Schluß des 2. Quartals			Arbeitslose		Kranke		Einnahmen				Ausgaben														
								Vor- be- g. Zu- schüsse z.	Ein- tritts- geld	Bei- träge	Summa	Unterstützungen:														
												An die Hauptkassa gefandt		Arbeits- lose	Kranke	Streiks und Maß- regeln		Wohlf- merken	Sonstige Unter- stützung	Agita- tions- kosten	7 1/2 % Verwal- tungs- kosten	Sonstige Aus- gaben		Wer- stiebere Vor- schüsse		
												M.	S.			M.	S.					M.	S.		M.	S.
<b>Gau I.</b>																										
Dorimund	1	3	4	—	—	1	54	5	—	30	12 85	18 15	5 17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf	5	2	7	—	—	—	—	—	—	—	80	35 90	86 70	38 95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen	21	10	31	1	12	4	28	43 43	9 40	121 90	174 73	75 —	10 80	13 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köln	126	4	130	7	250	7	474	—	—	3 60	508 20	511 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Solingen	8	2	10	—	—	1	10	—	—	1 90	29 90	31 80	24 90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	161	21	182	8	262	13	566	48 43	16 —	708 75	773 18	139 02	19 90	40 90	—	—	—	—	15 —	28 —	—	—	—	—	—	—
<b>Gau II.</b>																										
Caffel	12	52	64	4	30	4	69	53 63	3 15	152 —	208 78	70 —	31 50	29 85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	34	49	83	8	198	18	750	—	—	1 60	309 60	311 20	164 66	18 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	99	50	149	11	216	24	588	192 22	6 70	715 05	913 97	—	95 45	59 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gießen	15	—	15	—	—	—	—	—	—	—	63 60	63 60	36 24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hanau	—	34	34	—	—	1	14	—	—	7 70	101 15	108 85	86 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mainz	19	65	84	1	6	2	20	10 —	3 —	274 25	287 25	186 96	5 40	8 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim	12	127	139	23	248	20	374	—	—	2 30	373 40	375 70	81 90	10 80	20 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesbaden	13	13	26	1	35	2	20	—	—	4 50	83 65	88 15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	204	390	594	48	733	71	1835	255 85	28 95	2072 70	2357 50	625 76	203 15	182 55	—	—	—	—	100 —	24 50	201 52	155 60	—	—	—	—
<b>Gau III.</b>																										
Freiburg	32	9	41	1	3	2	41	20 —	—	90	133 85	154 75	89 25	6 75	18 45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidelberg	5	3	8	1	12	—	—	—	—	—	39 15	39 15	25 12	9 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heilbronn	35	70	105	2	60	4	65	1772 95	10 20	200 90	1984 05	—	42 —	27 80	1640 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	37	31	118	5	169	16	294	201 50	3 55	623 35	828 40	214 30	229 40	72 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühlhausen	2	9	11	—	—	—	—	10 —	1 90	43 80	55 70	45 78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Strasbourg	138	30	168	14	570	18	318	—	—	5 60	714 55	720 15	444 —	96 50	92 15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	93	427	520	7	69	65	2138	800 —	14 50	1614 —	2428 50	270 43	76 90	243 45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	392	579	971	30	833	105	2856	2804 45	36 65	3369 60	6210 70	1088 88	461 15	454 55	1640 40	90 —	—	—	37 —	307 05	255 01	—	—	—	—	—
<b>Gau IV.</b>																										
Mugsburg	30	84	114	2	42	5	80	—	—	2 65	383 30	385 95	216 15	33 —	42 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kaufbeuren	31	47	78	—	—	11	147	63 42	—	80	243 50	307 72	129 03	—	58 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	356	1128	1484	25	382	235	5718	505 80	22 55	5957 60	6485 95	3625 04	145 30	881 65	55 50	250 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rüdnberg	170	599	769	25	612	119	3600	—	—	22 45	2415 15	2437 60	381 85	378 70	368 90	471 65	90 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Regensburg	8	40	48	6	277	7	182	—	—	25	161 60	161 85	72 79	28 80	20 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwabach	7	36	43	—	—	7	231	—	—	20	126 70	126 90	74 64	—	32 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Würzburg	8	4	12	1	30	—	—	29 67	2 25	47 20	79 12	—	—	32 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	610	1938	2548	59	1343	384	9958	598 89	51 15	9335 05	9985 09	4499 50	585 80	1437 —	527 15	420 —	—	—	—	25 —	86 50	741 91	1571 89	—	—	—
<b>Gau V.</b>																										
Bautzen	64	78	142	1	12	6	111	—	—	5 20	408 05	413 25	231 76	9 60	44 40	66 50	30 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	28	45	73	4	42	4	81	20 —	—	2 40	276 80	299 20	158 —	49 20	34 05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	312	588	900	93	1365	70	1086	925 —	13 60	3153 75	3992 35	206 95	1252 25	407 10	1088 90	110 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hauen	10	—	10	1	18	1	12	—	—	25	30 10	30 35	2 40	14 40	5 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rittau	10	28	38	2	57	1	10	89 06	1 —	128 35	218 41	51 21	138 —	4 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	6	6	12	—	—	2	15	—	—	55	43 65	44 20	28 15	—	7 05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	430	745	1175	101	1494	84	1315	934 06	23 —	4040 70	4997 76	678 47	1463 45	502 50	1155 40	150 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Gau VI.</b>																										
Altensburg	22	48	70	3	31	5	110	—	—	1 50	250 75	252 25	133 85	35 85	46 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Crimmitschau	39	35	74	—	—	3	29	54 70	2 60	335 30	392 60	247 50	—	11 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	26	36	62	3	6	1	3	—	—	5 05	224 55	229 60	191 10	9 —	3 85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera	13	37	50	1	36	2	39	—	—	3 85	148 05	151 90	111 20	—	12 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gotha	12	6	18	1	3	1	6	1 —	—	25	60 80	62 05	52 38	2 70	2 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Halle	70	167	237	19	344	11	149	32 30	9 90	345 05	637 75	300 —	113 30	66 90	54 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	805	1604	2409	246	2277	197	4700	—	—	51 85	6956 60	7010 45	1557 90	1840 10	826 55	824 80	270 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Raumburg	4	7	11	—	—	—	—	—	—	60	31 90	32 50	30 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saalfeld	2	48	50	—	—	3	84	—	—	—	107 95	107 95	48 75	—	33 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weimar	1	6	7	2	69	1	6	47 —	—	—	34 60	81 60	2 55	65 25	2 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	10	11	21	1	6	1	6	—	—	1 25	79 75	81 —	35 93	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	1004	2005	3009	276	2772	225	5132	135 50	76 35	8877 30	9089 65	2711 26	2086 20	1006 30	9											

